

Chile: Wiedergutmachung für vergessene Opfer?

Zwanzig Jahre nach der Arbeit der ersten chilenischen Wahrheitskommission setzt die Regierung eine dritte Kommission zur Aufarbeitung der Militärdiktatur ein.

Chile gilt als Land, das beeindruckende Anstrengungen zur Wiedergutmachung der Menschenrechtsverletzungen der Militärdiktatur gemacht hat. Dass diese Arbeit auch zwanzig Jahre nach dem Ende des Pinochet-Regimes noch nicht abgeschlossen ist, zeigen die neusten Entwicklungen.

Die ersten beiden Kommissionen

Am 11. September 1973 stürzte der chilenische General Pinochet die demokratisch gewählte Regierung von Salvador Allende. In der Folge sind um die 3'000 Personen verschwunden oder wurden ermordet, zehntausende sind gefoltert und hunderttausende vertrieben worden. 1990 wurde die Nationale Wahrheitskommission eingesetzt. Der damalige Präsident Aylwin präsentierte den Schlussbericht 1991 der chilenischen Nation und entschuldigte sich im Namen des Staates für die Menschenrechtsverletzungen. Die ungebrochene Macht der Militärs und der Anhänger von Ex-Präsident Pinochet blockierten jedoch während Jahren die Umsetzung der Empfehlungen der Wahrheitskommission. Immerhin wurde innerhalb des Innenministeriums eine Stelle für die Koordination der Wiedergutmachungsanstrengungen eingerichtet, welche ungefähr 3'200 Personen eine Rente, Ausbildungsgutscheine und Gesundheitsleistungen zusprach.

Das Mandat der nationalen Wahrheitskommission war jedoch sehr eng gefasst: Sie konnte „nur“ Fälle von Verschwindenlassen, aussergerichtlichen Hinrichtungen sowie Folter mit Todesfolgen untersuchen. Das beschränkte Mandat der Wahrheitskommission hatte zur Folge, dass sich zahlreiche Überlebende dafür einsetzten, dass auch Fälle von politischer Inhaftierung sowie von Folter, die nicht mit dem Tod endete, untersucht würden. Erst 2003 wurde eine entsprechende Untersuchungskommission eingesetzt. Unter der Leitung von Bischof Sergio Valech untersuchte die „Kommission zu politischer Haft und Folter“ insgesamt mehr als 35'000 Fälle. Diese Arbeit mündete in der Verabschiedung eines bedeutenden Entschädigungsprogramms (Ley 19.992). Die anerkannten Überlebenden oder ihre Angehörigen (etwa 27'000 Personen) erhalten seither eine monatliche Pension in der Höhe von etwas mehr als 200 US-Dollar.

Doch auch nach Abschluss der Arbeit dieser Kommission blieben viele Fälle ungelöst. Kurz vor Jahresende 2009 verabschiedete der chilenische Kongress das Gesetz 20.450, welches eine Nationale Menschenrechtsinstitution einsetzt. Gleichzeitig versah die Legislative die frühere „Valech-Kommission“ mit einem neuen Mandat und beauftragte den Präsidenten, die Kommission erneut einzuberufen. Ebenfalls eröffnete die Regierung im Januar 2010 nach langen Debatten das „Museum der Erinnerung“ an die Opfer und den Widerstand in der Zeit der Pinochet-Diktatur.

2010: Die neue Kommission

Nach den Präsidentschaftswahlen Ende Januar dieses Jahres richtete nun diese „Beratende Kommission für die Qualifizierung der Fälle von Verschwindenlassen, politischen Hinrichtungen, politischer Haft und Folter“ ihren Sitz in der Hauptstadt ein. Ihre Aufgabe wird es sein, innert eines Jahres ungefähr 4'000 zusätzliche Fälle hinsichtlich Entschädigungsbegehren zu bearbeiten. Wie der Titel der Kommission andeutet, können Einzelpersonen oder deren engste Angehörige nur mit Unterstützung rechnen, falls sie aus politischen Gründen zwischen dem 11. September 1973 und dem 10. März 1990 vom Staate inhaftiert und/oder gefoltert wurden oder in der gleichen Periode Opfer von Verschwindenlassen oder aussergerichtlicher Hinrichtung wurden und nicht bereits früher als Opfer anerkannt worden waren.

Sobald die chilenischen Medien von der Möglichkeit berichteten, dass die Kommission neue Fälle prüfen könnte, erkundigten sich zahlreiche Interessierte im Internet nach der Adresse und Telefonnummer der neuen Kommission. Hinter der Dringlichkeit ihrer Anfragen stehen grösstenteils erdrückende Schicksale. Einige berichten in Kommentaren davon, dass sie immer noch nach einem verschwundenen Bruder oder einer Schwester suchten, oder dass sie schlicht bei der früheren Kommission ihren Antrag zu spät gestellt hätten und diesmal die Frist auf keinen Fall verpassen wollten. Die Wiedereröffnung der Kommission wurde von Menschenrechtsorganisationen grundsätzlich begrüsst; Amnesty International Chile und die Vereinigung der Angehörigen von verschwundenen Gefangenen äusserten aber Bedenken, da die neue Kommission nur für kurze Zeit im Einsatz stehen wird.

Ein grosses Fragezeichen bleibt: Zwar hat Präsidentin Bachelet am 27. Januar das entsprechende Dekret zur Einsetzung der Kommission unterschrieben, doch nach Ende ihrer Amtszeit im März 2010 scheint die längerfristige Zukunft der chilenischen Anstrengungen zur Aufarbeitung der Militärdiktatur unsicher. Vom neu gewählten Präsidenten, dem konservativen Sebastián Piñera ist alles andere als klar, wie er mit der Kommission umgehen wird. Piñera gilt als eher moderat, seine Koalition umfasst aber auch die ultrakonservative Partei Unión Demócrata Independiente, die sich dafür einsetzt, sämtliche juristische und nicht-juristische Aufarbeitung der Militärdiktatur zu unterbinden. Während der Wahlkampagne hat sich Piñera unter anderem dafür eingesetzt, dass die „unendlichen“ Menschenrechtsprozesse aufhörten.

Dazu kommt, dass selbst die vergleichsweise umfangreichen chilenischen Anstrengungen zur Wiedergutmachung zahlreiche Menschenrechtsverletzungen der Diktatur weiterhin ausser Acht lassen. Zum Beispiel wird bemängelt, dass die weitverbreitete sexuelle Gewalt durch die Sicherheitskräfte weiterhin Tabu sei, oder dass Opfer, welche während der regionalen Geheimdienstkooperation „Operación Cóndor“ ausserhalb des chilenischen Staatsterritoriums gefoltert und verschleppt wurden, von den chilenischen Entschädigungsprogrammen ausgenommen seien.